

A stylized map of Europe composed of a grid of dots. Most dots are light gray, but several are red, highlighting specific countries: Slovakia, Czech Republic, Poland, Hungary, and Romania.

Die Slowakei und die Eurokrise

VLADIMÍR BAČIŠIN / GABRIELA DOVÁĽOVÁ / MAREK KALOVEC

Dezember 2011

- Die Slowakei wurde von den realwirtschaftlichen Folgen der Finanzkrise stark getroffen. Im Jahr 2009 ging das BIP um 5,9 Prozent zurück. Die damalige Regierung unter Robert Fico reagierte auf die Krise mit der Anhebung der Staatsgarantien für Spareinlagen und die Einführung einer Abwrackprämie.
- Zur Eindämmung des Haushaltsdefizits wurde der Regelsatz der Mehrwertsteuer angehoben, einige steuerliche Begünstigungen abgeschafft und im Oktober 2011 eine Sondersteuer für Banken eingeführt. Der Finanzsektor selbst war von der Krise nach einer Sanierung Ende der 90er Jahre wenig betroffen.
- Der Streit um die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) führte im Herbst 2011 zum Sturz der konservativen Regierung Radičová. Erst mit Hilfe der sozialdemokratischen Opposition konnte das Gesetz verabschiedet werden. Neuwahlen sind für März 2012 vorgesehen. Die Problematik der EU-Integration wird eines der Hauptthemen des Wahlkampfes werden.

1. Auswirkungen der Finanzkrise auf die slowakische Wirtschaft

Nach dem Ausbruch der Finanzkrise vertraten die meisten Wirtschaftsexperten die Meinung, die Finanzkrise werde die Slowakei nicht berühren. Doch während das Jahr 2008 noch Wachstum für die slowakische Wirtschaft brachte, verzeichnete das Land ein Jahr später den größten Wirtschaftsrückgang aller mittel- und osteuropäischen Staaten. Im Jahr 2009 fiel das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Slowakei um 5,9 Prozent. Im selben Zeitraum stieg die Verschuldung der öffentlichen Haushalte von 23,8 Prozent des BIP (2008) auf 44,1 Prozent im Jahr 2009. Der Rückgang des BIP wurde vor allem durch die sinkende Produktion in der Automobil- und Elektronikindustrie hervorgerufen, da die slowakische Wirtschaft stark von den Exporten dieser beiden Sparten abhängig ist.

2. Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Finanzkrise

Die bis zu den Parlamentswahlen im Juni 2010 regierende Koalitionsregierung unter Führung Robert Ficos (SMER) reagierte auf die Folgen der Lehman Brothers-Pleite zunächst mit der Anhebung der Staatsgarantie für Spareinlagen und die Einführung einer Abwrackprämie. Die Anhebung der staatlichen Garantie für Spareinlagen war eine im Grunde nicht notwendige Reaktion auf die Turbulenzen auf den Finanzmärkten. Die slowakischen Banken waren von diesen nicht direkt betroffen gewesen. Sie hatten bei Eigenkapitalrate, Liquidität und finanzieller Stabilität keine Probleme, da sie ihre Portfolios sehr umsichtig und konservativ aufgebaut hatten. Die unter Mikuláš Dzurinda in den Jahren 1998 bis 2002 regierende Mitte-Links-Regierung hatte die vom Staat kontrollierten Geldinstitute saniert und anschließend privatisiert. Vom Bankensektor wurden schlechte Kredite in einer Größenordnung von 110 Milliarden SKK (360 Millionen Euro) übernommen und in eine bad bank übergeleitet. Nach ihrer Sanierung agierten die Banken umsichtig und entsprechend der internationalen Regeln. Die Regierung erhöhte den Schutz von Spareinlagen also nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus psychologischen Gründen. Ziel war es, die Angst der Bevölkerung vor möglichen Verlusten vor allem bei privaten Spareinlagen zu mindern.

In einem weiteren Schritt führte die Regierung eine Abwrackprämie ein. Die Abwrackprämie konnte von Privatpersonen und Unternehmen ab dem 9. März 2009 in Anspruch genommen werden. Der Beitrag erreichte die Höhe von 1 500 Euro, wenn der Autohändler für die Neuanschaffung einen Rabatt von mindestens 500 Euro gewährte, und 1 000 Euro ohne einen solchen Rabatt. Die Abwrackprämie wurde in zwei Wellen ausbezahlt. In der ersten Welle standen 55,3 Millionen Euro (1,67 Milliarden SKK) zur Verfügung, wodurch der Staat den Kauf von mehr als 40 000 Neuwagen förderte.

3. Haushaltsdefizit und fiskalpolitische Maßnahmen

Im Zuge der Krise änderte die slowakische Regierung einige Steuersätze. Zur Eindämmung des Haushaltsdefizits wurde der Regelsatz der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 2011 von 19 auf 20 Prozent angehoben. Gleichzeitig wurden steuerliche Begünstigungen für Ab-Hof-Verkäufe und Wochenmärkte abgeschafft. Im Jahr 2011 sollte der Fiskus dadurch 185,5 Millionen Euro an Mehreinnahmen erhalten. Für das Jahr 2012 rechnet das Finanzministerium mit einem Einnahmenplus von mehr als 196 Millionen Euro. Im Jahr 2013 sollen die Steuereinnahmen sogar um 209 Millionen Euro steigen. Dabei wurde die Erhöhung des Mehrwertsteuernormalsatzes vom Finanzministerium als eine einstweilige Maßnahme geplant, die wieder rückgängig gemacht werden kann, wenn das Haushaltsdefizit unter drei Prozent des BIP sinkt.

In den vergangenen zwei Jahren wurde in der Slowakei intensiv über die Einführung einer Bankensteuer diskutiert. Diese Idee kam zunächst von der sozialdemokratischen SMER-SD. Später wurde die Möglichkeit einer Sonderbesteuerung von Geldinstituten auch von der Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union (SDKÚ) aufgegriffen. Das entsprechende Gesetz über Sonderabgaben bestimmter Finanzinstitute wurde schließlich am 22. Oktober 2011 vom Parlament verabschiedet. Demnach sollen Banken und Zweigniederlassungen ausländischer Banken in der Slowakei ab 2012 eine Sonderabgabe an den Staat leisten. Das Finanzministerium geht davon aus, dass dies zu Einnahmen von rund 51 Millionen Euro jährlich führen wird. Laut Vorschlag des Finanzministeriums sollen die Banken eine Abgabe auf bestimmte Passiva leisten. Als Bemessungsgrundlage für die Steuer sollen



die Passiva abzüglich des Eigenkapitals sowie der in der Slowakei übernommenen und geschützten Spareinlagen gelten. Der Abgabensatz für das Kalenderjahr wurde auf 0,2 Prozent der Bemessungsgrundlage festgelegt. Er ist damit etwas höher als in anderen Ländern der Europäischen Union, die eine solche Abgabe eingeführt haben. Der potentielle Ertrag entspricht, so das Finanzministerium, lediglich 7,9 Prozent des Gewinns des Bankensektors im Vorjahr. Die vorgeschlagene Höhe sei somit niedrig genug, um negativen Begleiterscheinungen (wie etwa einer Übertragung der gestiegenen Kosten auf die Kunden in Form höherer Bankgebühren) vorzubeugen.

4. Die Schuldenkrise und der Sturz der Regierung

Die Frage nach der Lösung der griechischen Schuldenkrise war eines der Hauptthemen der Parlamentswahlen im Juni 2010. Die Wahlen brachten eine konservative Regierungskoalition der Parteien SDKÚ, der Christlich-demokratischen Bewegung (KDH), der Partei Freiheit und Gerechtigkeit (SaS) und Most-Híd unter Führung der Ministerpräsidentin Ivetta Radičová (SDKÚ) hervor. Im Wahlkampf war das Griechenland-Thema insbesondere von der SaS und der SDKÚ aufgegriffen worden. Beide Parteien erklärten, Griechenland habe verantwortungslos agiert und verdiene deswegen keine Hilfe. Während die SDKÚ sich jedoch in der Folge von dieser Haltung distanzierte und auf die Konsequenzen hinwies, die eine Blockade der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) für die Slowakei haben könnte, verbreitete die SaS weiterhin emotional aufgeladene Stereotypen der Griechen. Unter anderem wurden die Griechen in diesem Zusammenhang als »faul und fett« bezeichnet. Ein Darlehen an Griechenland, so die SaS, bedeute gleichzeitig die Absicherung von Gewinnen ausländischer Banken, die rund drei Viertel der griechischen Schulden halten. Dies wäre ein Signal an verantwortungslose Investoren, dass Gewinne privatisiert und die Verluste stets sozialisiert werden könnten. Für verantwortungslose Regierungen würde es bedeuten, dass die übermäßige Aufnahme von Schulden strafflos möglich sei. Und die Wähler schließlich würden glauben, dass man diese Regierungen wählen

kann, ohne die Folgen für verantwortungsloses Handeln tragen zu müssen. Die griechische Schuldenkrise und die Rettungsmechanismen für die Eurozone stellen weiterhin das wichtigste Thema auf der politischen Agenda der SaS dar.

Am 11. Oktober 2011 wurde über den slowakischen Beitrag zum EFSF abgestimmt. Die SaS erklärte, dass sie einen solchen Beitrag ablehne und dementsprechend abstimmen werde. Die oppositionelle SMER-SD wollte dem Beitrag nur unter bestimmten Bedingungen zustimmen. Ministerpräsidentin Radičová verknüpfte die Abstimmung mit der Vertrauensfrage. Für den EFSF stimmten 55 von 150 Abgeordneten, was gleichzeitig ein Misstrauensvotum gegen die Regierung bedeutete. Am nächsten Tag einigten sich die Parteien über vorgezogene Parlamentswahlen und der Beitrag der Slowakei zum EFSF wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien SDKÚ, KDH, Most-Híd und der Oppositionspartei SMER-SD abgesegnet.

5. Fiskalunion und Steuerharmonisierung

Die Äußerungen der slowakischen Parteien zu einer möglichen Fiskalunion und europäischen Steuerharmonisierungen sind sehr vorsichtig. Die SDKÚ hält den niedrigen Steuersatz für einen der Wettbewerbsvorteile des Wirtschaftsstandorts Slowakei und zieht eine Vereinheitlichung der Steuersätze nicht in Erwägung. Finanzminister Ivan Mikloš (SDKÚ) erklärte dazu, dass den weniger wohlhabenden Ländern der Eurozone, zu denen auch die Slowakei gehöre, der Steuerwettbewerb Vorteile bringe. Die EU brauche zwar, zum Beispiel im Bereich der indirekten Steuern, ein gewisses Maß an Harmonisierung, dies gelte jedoch nicht bei der direkten Besteuerung. Für die SMER-SD ist eine Harmonisierung bestimmter Steuern denkbar. Die SaS lehnt generell eine weitergehende Integration der EU ab. Die Problematik der EU-Integration wird denn auch eines der Hauptthemen des Wahlkampfes für die vorgezogenen Parlamentswahlen im März 2012 sein.



Über die Autoren

Vladimír Bačišin (PhD), Paneuropäische Hochschule Bratislava

Gabriela Dováľová (PhD), Institut für Ökonomie der Slowakischen Akademie der Wissenschaften

Marek Kalovec, Wirtschaftsuniversität Bratislava.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung

Internationaler Dialog | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:

Dr. Ernst Hillebrand, Leiter Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-26935-6 | Fax: ++49-30-26935-9250

<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen:

info.moe@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-023-7